

# Leipziger Tageblatt

## Handels-Zeitung

**Bezugspreis:** Durch die Welt in Deutschland monatlich 30.000 Mark und Ausland 35.000 Mark. Einzelnummer 500 Mark. Fern-Ausgabe 117. Jahrg. Nr. 150

**Handels-Zeitung**

**Anzeigenpreis:** Für die Bekanntmachung (Stadt- u. Welt-) Zeitungs- und Anzeigenpreis: 1.000 Mark pro Zeile pro Tag. Fern-Ausgabe 117. Jahrg. Nr. 150

Nr. 150

Einzelnummer 500 Mark

Mittwoch, den 27. Juni 1923

Fern-Ausgabe

117. Jahrg.

### Landfriedensbrecher

H. E. K. Leipzig, 26. Juni.

Seit der Ermordung Rathenaus führen die Regierungen des Reiches und der Länder den Kampf gegen die Geheimbünde, die als Brutstätten der Meuchelmordpolitik aufgedeckt wurden. Aber alle Verbote und Verhaftungen, alle Urteile des Staatsgerichtshofes konnten den verderblichen Geist nicht töten, der die Nordweste zum Diktator erhob. Junge Leute, die dem Vaterlande bessere Dienste leisten könnten, werden das Mittelalter auf, indem sie in geheimer Feme den vermeintlichen Verräter erschlagen, wie es jetzt in Mecklenburg und unlängst in Rügen geschehen ist. Es ist nicht die Person, für die sich die Allgemeinheit interessieren kann, sondern die Tatsache, daß jenes unverantwortliche Spiel mit dem Leben der Mitmenschen unseren Gegnern im Weltkriege das Recht zu geben scheint, sich an die Brust zu schlagen mit dem Ruf: „Seht die Deutschen, sie sind und bleiben doch Barbaren!“

Wie verberbt sich der aktive Widerstand der Rechtsradikalen im Ruhrgebiet auswirkt, das hören wir täglich aus dem Echo der neu verhängten Sanktionen und aus der Vergrößerung der Liste der als Geiseln Verhafteten und zu langen Freiheitsstrafen Verurteilten. Während die Ruhrbevölkerung ihr Recht hergibt, um der Gewalt der Eindringlinge zu trotzen, treiben von auswärts zugewanderte Aktivisten einen Keil in die Einheitsfront und werden so zu Verrätern an eigenen Volk. Aber nicht nur im besetzten Gebiet, auch im Innern Deutschlands treiben die Geheimbünde ihr gemeingefährliches Spiel, (sien sie Zwietracht, wo die Rot des Vaterlandes so stark noch Einheit streift, wie noch nie zuvor. Die Reizeleiten mit den Kommunisten in Eis- und Eisen, die Finkenkreuzer-Überfälle in München mögen vielleicht dem harmlosen Motiv entsprechen, daß sich die Müller-, Köhler- und Handwerker bei ihren geheimen Geldgebern in empfehlende Erinnerung bringen wollen. Aber in ihrer Auswirkung sind diese Anschläge doch alles andere, als daß sie die Einigkeit des deutschen Volkes stärken und sein Ansehen im Ausland heben könnten. Wenn Blut fließt, wenn dabei gar Menschenleben zum Opfer fallen ohne einen anderen sichtbaren Zweck, als den Klassenhaß aufzustacheln, dann kann man nicht mehr von einem vaterländischen Empfinden sprechen, geschweige denn von der Betätigung einer vaterländischen Politik.

Ob es je gelingen wird, die unverantwortlichen Verantwortlichen, die Hintermänner der Geheimbünde gänzlich unschädlich zu machen, mag bezweifelt werden. Einschränken kann man ihr Treiben wenigstens, wenn gegen sie energischer vorgegangen wird als in Mecklenburg und Bayern, wo noch heute die Deutschpolitische Freipartei und die ihr mehr oder weniger zugehörigen Geheimorganisationen ein Wühl haben. Im Kampf gegen die rechtsradikalen Staatsverderber muß man sich die Frage vorlegen, wie es möglich ist, daß sich immer wieder Leute finden, die sich als Werkzeuge feiger Hintermänner gebrauchen lassen. Der Weltkrieg hat an sich wohl eine gewisse Abstumpfung, um nicht zu sagen Verrohung, mit sich gebracht, die das Menschliche nicht mehr so hoch einschätzt, wie es vor dem Fall war. Man bedenke nur, was für ein Aufsehen etwa im Jahre 1910 eine Reihensolge politischer Morde in Deutschland gemacht haben würde. Allenfalls hörte man so etwas aus dem als halbwild geltenden Albanien oder anderen mehr oder weniger abseits von der modernen Zivilisation lebenden Ländern. Aber im kulturellen Mitteleuropa, geschweige denn in Deutschland selbst, hätte man dergleichen für unmöglich gehalten. Und heute? Man spricht auch davon, man entwirft sich, aber man hat seit dem Massenmorden des Weltkrieges doch schon zu viele gewalttätig umkommen sehen, um von einem Einzelfall viel Aufhebens zu machen. Und das ist das Bedenkliche: die zunehmende Gleichgültigkeit, die wachsende Verrohung, die uns von einem zum andern Mal auf dem Wege des stillosen und kulturellen Wiederaufstieges zurückwerfen und nicht zuletzt darin begründet sind, daß die allgemeine Not und Verelendung das Interesse für alles, was nicht unmittelbar den harten Kampf um das tägliche Brot berührt, bei vielen völlig ausblendet zu haben scheint.

Gleichgültigkeit ist die Nordweste noch nicht in allen politischen Kreisen des deutschen Volkes heimisch geworden. Die Heilung von dem Uebel, das den Frieden und die Ehre des deutschen Reiches gefährdet, ist dann auch nur davon

zu erwarten, daß die Parteien, deren Hände in den Stürmen des Zusammenbruchs und des Umsturzes unbefestigt geblieben sind, immer mehr Raum gewinnen auf Kosten der Parteien der Verheugung und Gewalttätigkeit.

### Dr. Zeigner nach Berlin berufen

Um die Rede in Pilsitz

Dresden, 26. Juni. (Eig. Tel.) Wie wir erfahren, ist der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner wegen der Rede in Niederplanitz nach Berlin gebeten worden. Er wird heute und morgen eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten Ebert und mit dem Reichsminister Cuno haben.

Der heutigen Landtagsagung lag bereits ein Antrag Dr. Kaiser (D. Vpt.) auf Verbeiführung eines Beschlusses gegen den Ministerpräsidenten Dr. Zeigner im Sinne des Artikels 27, Absatz 2, der Verfassung vor. Eine Anfrage der Deutschen Nationalen, von dem Abg. Kaiser eingebracht, lautet wörtlich: „Der Herr Ministerpräsident Dr. Zeigner soll laut Bericht des Sächsischen Volksblattes in Zwickau (Nr. 140 vom 18. Juni 1923) in einer Versammlung in Niederplanitz bei Zwickau am 19. Juni 1923 eine Rede gehalten haben, die als das Ungehörteste bezeichnet werden dürfte, was in der letzten schwersten Zeit überhaupt seitens eines verantwortlichen deutschen Staatsbeamten getan werden kann.“ Ist die Regierung in der Lage, den wörtlichen Wortlaut oder Inhalt der Zeignerschen Rede mitzuteilen? Welche Stellung will die Regierung dieser Rede gegenüber einnehmen, wenn sich Wortlaut oder Inhalt mit dem Bericht des Sächsischen Volksblattes decken sollten? Wie wir erfahren, wird ebenfalls der Abg. Prof. Dr. Seyfert im Namen der demokratischen Fraktion noch heute eine Anfrage, denselben Gegenstand betreffend, einbringen. Alle Anfragen kommen in der nächsten Landtagsagung am Donnerstag, den 28. Juni, zur Beratung, und man darf demnach auf einen hochpolitischen Tag vorbereitet sein.

### Eine Anfrage der Demokraten

Die demokratische Fraktion hat folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

„In der Presse wird mitgeteilt, daß der Ministerpräsident Dr. Zeigner in einer öffentlichen Versammlung in Niederplanitz bei Zwickau auch die außenpolitische Lage des Reiches besprochen hat. Nach den darüber veröffentlichten Berichten, die auch durch spätere Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten in wesentlichen Punkten nicht berichtigt worden sind, hat der Herr Präsident dabei Bemerkungen gebraucht, durch die er sich in schroffen Widerspruch zur großen Mehrheit des deutschen Volkes, zur Reichsregierung und vor allem auch zu Rundredungen des Reichspräsidenten setzt, die aber darüber hinaus durch ihre Wirkung auf das feindliche Ausland für das Schicksal des deutschen Volkes verhängnisvoll wirken müssen. Wenn auch angenommen werden kann, daß der von der feindlichen Besetzung betroffene Teil des deutschen Volkes sich durch eine solche Rede in seiner Widerstandskraft nicht schwächen läßt, und wenn auch der verfassungsmäßige Einspruch des sächsischen Staatsministeriums auf die Reichsregierung nicht erheblich ist, so besteht doch die Gefahr, daß das feindliche Ausland, dem die verfassungsmäßige Stellung und die Persönlichkeit des sächsischen Ministerpräsidenten nicht bekannt ist, dem aber derartige Äußerungen nur willkommen sind, sie in ihrer Bedeutung aufbauscht und für seine Zwecke ausbeutet. Ueber diese Vorgänge ist im Volke, besonders in seinen verfassungstreuen Teilen, eine berechtigige Erregung entstanden, in der unermesslichen zum Ausdruck kommt, daß eine solche Rede mit dem Amt eines Ministerpräsidenten unvereinbar ist. Wie gedenkt der Herr Ministerpräsident seine Äußerungen mit seiner Verantwortlichkeit gegen Staat und Reich zu vereinbaren?“

### Die Konterbande des Wimbledon

Soag, 26. Juni. In der gestrigen Sitzung des internationalen Gerichtshofes wurde die Angelegenheit des englischen Dampfers Wimbledon verhandelt, der eine einer französischen Gesellschaft gehörende, für Polen bestimmte Sendung von 4000 Tonnen Munition an Bord gehabt hatte, und dem am 21. März 1921 die Durchfahrt durch den Rieker Kanal verweigert worden war. Frankreich, England, Italien und Japan haben eine Schadenersatzforderung in Höhe von 147.000 Franken eingereicht, mit der Begründung, daß die Haltung Deutschlands dem Versailleser Vertrag widerspreche. Polen hat auf Grund des Artikels 62 des Statuts des Gerichtshofes beantragt, sich den klagenden Mächten anzuschließen zu dürfen, da es an der Angelegenheit als Empfänger interessiert sei.

Im Verlaufe der Verhandlung berief sich der polnische Vertreter auf Artikel 62, auf Grund dessen Polen als Mitunterzeichner des Versailleser Vertrages berechtigt sei, Klage zu erheben. Daraus wurde die Verhandlung vertagt.

## Drei Deutsche in Buer erschossen

### Der Terror im Ruhrgebiet dauert fort

Buer, 26. Juni. (Eig. Tel.) Der Terror während des Belagerungszustandes hat, wie jetzt bekannt wird, zum Tode von drei Deutschen geführt, außerdem sind eine Anzahl Deutscher von den Belgiern verwundet worden. Bei den Toten handelt es sich um Leute, die abends nach Beginn der Sperrstunde um 8 Uhr von belgischen Patrouillen auf der Straße angegriffen wurden. Die Toten sind der 23jährige Johann Tumbirind, der 23jährige Wesemeyer und der Sohn des Steigers Berner.

Tumbirind stand um 8 Uhr vor seinem elterlichen Hause, an der Ecke des Borgartens, als plötzlich eine belgische Patrouille auftauchte. Der Vater forderte Tumbirind auf, ins Haus zu kommen. Als er im Begriff war, durch den Borgarten ins Haus zu gehen, fiel der tödliche Schuß. Tumbirind verfiel sofort vor den Augen seiner Angehörigen. Wesemeyer war in Begleitung zweier Freunde über den Neumarkt in Buer gegangen. Die jungen Leute bemerkten, daß sie verfolgt wurden und suchten Schutz hinter den Markthallenbaracken. Die beiden Freunde blieben auf Anruf des Postens mit erhobenen Armen stehen, während Wesemeyer in ein Haus lief, um sich dort zu verbergen. Der Posten sandte ihn noch auf der Treppe einen Schuß nach, der Wesemeyer in den Nacken traf.

### Die Bilanz der Ruhrinvasion

Eberfeld, 26. Juni. Oberbürgermeister Dr. Jaxas-Duisburg gab in einer längeren Ansprache auf dem rheinischen Provinzialtag als Beispiel für die brutale Unterdrückung des besetzten Gebietes, die in der Belagerteit ihrer Gleichheit nicht habe, folgende Zahlen an: 700 Tote, 15.000 Verwundete, 100.000 Verhaftete und in der Westmark, im Rheinland und in Westfalen sind über 15 Millionen Mark Geldstrafen ausgesprochen worden gegen Deutsche, die nicht getan haben als ihre Pflicht. Zwei Todesurteile wurden verhängt, mehrere Verurteilungen zu lebenslänglicher und langjähriger Zwangsarbeit. Die Zahl der Ausgewiesenen mit ihren Familienmitgliedern beläuft sich auf 160.000. Diese Schreckenszahlen müssen immer wieder in die Welt hinausgerufen werden, damit man sieht, wie wir im Rheinland und im Ruhrgebiet leiden, wie, die wir trotzdem umgebenen Mutes sind.

Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind seit Beginn der Ruhrinvasion folgende Zwangsmassnahmen gegen Eisenbahnbedienstete zu verzeichnen: Aus ihren Wohnungen vertrieben wurden 1708 Bedienstete mit ungefähr 3000 Angehörigen. Aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen wurden 1186 Bedienstete mit ungefähr 3000 Angehörigen. Verhaftet wurden 264 Bedienstete, von Kriegsgerichten verurteilt 69 Bedienstete, und zwar zu insgesamt 14 Jahren drei Monaten und 26 Tagen Gefängnis, sowie 300.000 Mark Geldstrafe. Zwei Bedienstete wurden getötet.

### Abgefandte Baldwins in Essen

Frankfurt, 26. Juni. (Eig. Tel.) Wie der Frankfurter Zeitung aus Essen gemeldet wird, trafen dort zwei englische Offiziere, ein Oberst und sein Adjutant, ein Oberleutnant, ein und begaben sich zum Lebensmittelverwalter der Stadt, um Erkundigungen über die Lage der Lebensmittelversorgung anzugehen. Die Herren legitimierten sich mit einem Schreiben des englischen Vertreters in der Rheinlandkommission, wonach sie sich auf Anregung des Premierministers Baldwin über die Lebensmittelversorgung des Ruhrgebietes unterrichten und dann auf Grund ihrer Feststellungen des Delegierten machen auf die beiden Herren tiefen Eindruck; sie gestanden schließlich offen, daß der Ernst der Lage über ihre Erwartungen weit hinausginge. Schließlich befragten die Engländer auch die Kruppischen Werke, um sich dort gleichfalls wirtschaftliche und soziale Informationen zu holen.

### Bombenattentat in Wiesbaden

Wiesbaden, 26. Juni. (Eig. Tel.) Heute morgen 8 Uhr explodierte im Schalterraum des hiesigen Hauptbahnhofes eine Bombe, durch die fast sämtliche Schienen und ein großer Teil der Einrichtung zerstört wurden. Zwei Deutsche, ein Mann und eine Frau, wurden getötet.

Die Besatzungsbehörde in Mainz droht den deutschen Hausbesitzern, die ihnen in den Dienst der Franzosen getretenen Wägen zu

kündigen, daß die frei gemordeten Wohnungen beschlagnahmt werden. Diese Beschlagnahme soll auf das Haus selbst ausgedehnt werden, wenn die Räumungen nicht sofort rückgängig gemacht werden.

### Sicherung gegen französische Uebergriffe

Eberfeld, 26. Juni. Die Tagung des rheinischen Provinziallandtages wurde gestern mit einer Rede des preussischen Ministers des Innern, Severing eröffnet, der u. a. ausführte, daß seine Anwesenheit den engen Zusammenhänge zwischen dem Staat und der rheinischen Provinz zum lebhaften Ausdruck bringen sollte. Würden wir den bis heute den Einbrechern entgegengebrachten Widerstand nicht leisten, so hätten wir nicht nur den Krieg, sondern auch den ehrlichen deutschen Nachkrieg verloren. Die Regierung müsse selbstverständlich jede Gelegenheit ergreifen, um mit den Gegnern zu einer ehrlichen Verständigung zu gelangen. Der Zweck des ganzen Widerstandes sei, daß die junge Republik zu einem gleichberechtigten Gliede in der großen Völkersfamilie Europas und der Welt werde.

Die französische Regierung werde binnen kurzem Gelegenheit erhalten, zu den Plänen der französischen Annexionspolitik Stellung zu nehmen. Die deutsche Regierung wisse, daß jede wie immer garantierte Annexion der Rheinlande nicht zu Reparationen führe, sondern daß durch eine solche Annexion neue Wege zu neuem Blutvergießen und neuen Zerstörungen beschritten werden. Derartige Pläne seien ein für allemal als inakzeptabel zu erklären und er könne nur wiederholen, daß das Rheinland uns nicht feil ist und daß es nichts in der Welt gibt, was das rheinische Volk und das rheinische Land zu einem Schicksalsgegner der Verhandlungen machen könne. Das gelte für eine Annexion in jeder Form.

Einstweilen wisse jeder Rheinländer, daß jede Lösung der Rheinlande aus dem preussischen Staatsverbande gleichbedeutend wäre mit einer Lösung der Bande, die die Rheinlande an das Reich schließen. Deshalb könne im Augenblick von einer „Entpreisung der Rheinlande“ nicht die Rede sein. Gerade gegen diese Formel wende er sich heute mit der größten Entschiedenheit, weil Frankreich aus inner- und außenpolitischen Gründen zu einer offiziellen Annexion einstweilen nicht schreiten werde. Wenn von Sicherungen gesprochen werde, dann hätten wir das Recht, Sicherungen gegen die französischen Uebergriffe zu verlangen.

### Frankreichs Rheinpolitik

London, 26. Juni. Ein Teil der Presse befaßt sich weiterhin mit dem von Oberster veröffentlichten französischen Geheimbericht. Eine Neumeldung besagt, in einem nachdrücklichen französischen Dementi werde gesagt, das vom Oberster veröffentlichte Dokument bestehe nicht. Dennoch wird von den englischen Blättern als sicher angesehen, daß Frankreich versuche, das Rheinland von Deutschland zu trennen. Die ergründeten Kommensare der Pariser Presse werden viel beachtet. Der Behauptung des Matin, daß der Chef des britischen Nachrichtenendienstes in Köln zur Zeit des Kapp-Putsches mitgeteilt habe, um eine Rheinlandrepublik zu gründen, wird in London von amtlicher Seite prompt widersprochen. Kauter erzählt, es handle sich bei der Meldung des Matin nur um eine Wiederholung einer im letzten April in London veröffentlichten Mitteilung, die damals nachdrücklich bestritten worden sei.

### Noch keine Einigung

London, 26. Juni. (Eig. Tel.) Gegenüber besonders optimistischen französischen Darstellungen veröffentlichten alle englischen Blätter heute eine kurze offizielle Mitteilung, wonach die letzte Unterredung zwischen Poincaré und dem englischen Botschafter in Paris noch keine Uebereinkunft zwischen England und Frankreich ergeben habe. Der Pariser Berichterstatter der Times hebt noch einmal hervor, daß die englische Regierung angesichts der Zunahme der passiven Resistenz und der schwierigen Lage Deutschlands die lange Dauer des Meinungs-austausches mit Frankreich mit Besorgnis betrachte.

### Auflösung der belgischen Kammer?

Paris, 26. Juni. (Eig. Tel.) Nach den Meldungen der privaten Korrespondenten der französischen Presse in Brüssel ist in der belgischen Kammer immer noch keine Sitzung eingetreten. In Brüsseler politischen Kreisen befürchtet man, daß es notwendig sein wird, die Kammer aufzulösen und zu Neuwahlen zu schreiten, wenn bis Mittwoch noch kein Einverständnis zwischen den Parteien erreicht und Thurnis infolgedessen angenommen werde, die Bildung des Kabinetts aufzugeben.